



Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	14.05.2020

TOP 15. Anfragen und Anregungen

a) RM Dröst teilt mit, dass die Ausgrenzung der gewählten Ratsvertreter bei den Beratungen zur stufenweisen Öffnung der Insel ihre Fraktion sehr getroffen habe. Damit sich so etwas nicht wiederhole und man zukünftig gemeinsam konstruktiv an Lösungen arbeiten könne, hätten Bündnis 90/Die Grünen die sofortige Bildung eines Krisenstabes vorgeschlagen, der aus Mitgliedern aller im Rat vertretenen Parteien bestehen solle. Die Ratsmitglieder müssten jederzeit über die Belange der Stadt informiert sein und zwingend an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Das Wort „Krise“ bedeute eine schwierige Situation oder Zeit, die den Höhe- oder Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstelle. Wenn man die Last auf mehrere Schultern verteile, wöge die gesamte Last nicht mehr so schwer.

BM Ulrichs antwortet, dass die Idee des umstrittenen Positionspapiers keine der Stadt Norderney gewesen sei, sondern von den Touristikern im Land Niedersachsen gemeinsam mit den Landkreisen und den Oberbürgermeistern der großen selbständigen Städte entwickelt worden sei. In einer nichtöffentlichen Ratssitzung habe man in der letzten Woche lange darüber diskutiert. Im Übrigen sei das Papier schon aufgrund der weiteren Entwicklung überholt. Was man morgens bespreche, sei abends schon nicht mehr aktuell. Er finde es nicht in Ordnung, wenn in solch einer Krisensituation teilweise auch von der Presse so „draufgehauen“ werde.

RM Dröst erwidert, dass ihr Beitrag als „Handreichen“ verstanden werden solle. Es gebe nicht nur den Bürgermeister und den Kurdirektor, die Verantwortung hätten. Ihrer Fraktion gehe es um Beteiligung.

b) RM Moroni teilt mit, dass er keine Krise mehr sehe. Die normale Sterberate der letzten Jahre liege bei weitem höher als die aktuellen Zahlen zu Todesfällen aufgrund einer Corona-Erkrankung. Nicht das Corona-Virus mache krank, sondern die Corona-Virus-Maßnahmen. Durch den Verordnungs-Wirrwarr blicke niemand mehr durch. Es gebe viele Missstände z. B. in den Krankenhäusern, wo die Behandlungen von anderen Krankheiten hinausgezögert worden seien. Man solle eine Gesamtbetrachtung mit gesundem Menschenverstand vor diesem Hintergrund machen und ansonsten alles laufen lassen sowie die Kontrollen abziehen.

c) 1. stellv. BM Padberg teilt mit, dass die Gruppe CDU/FDP sich vehement gegen Tagestourismus ausspreche. Wenn das normale Leben wieder auf der Insel Einzug gehalten habe, könne man über eine Öffnung für Tagestouristen sprechen. Infektionsketten seien bei Tagestouristen nicht nachvollziehbar. Das ganze andere Prozedere, das schwere wirtschaftliche Belastungen mit sich bringe, werde durch Tagestouristen ad absurdum geführt.

d) RM Selinger-Hugen meint, dass Ratsmitglieder Vorbilder während der Corona-Krise sein sollten. Sie bedankt sich bei Stadt und Staatsbad dafür, mit welcher Schnelligkeit wichtige Dinge auf den Weg gebracht worden seien.

e) BG Stange ist der Auffassung, dass die Zeiten für die Schadstoffannahme bei der Müllumschlagstation (nur am 1. Freitag im Monat vormittags) zu kurz bemessen seien. Er bitte die Verwaltung, auf den Landkreis einzuwirken, dass die Öffnung entweder 14-täglich erfolge oder an dem einen Freitag ausgeweitet werde.

f) RM Podein zeigt sich entsetzt über die Äußerungen von RM Moroni. Zu Beginn der Sitzung habe man mit einer Schweigeminute des verstorbenen Volker Meyer gedacht. RM Moroni antwortet, ihm tue leid, dass Herr Meyer verstorben sei. Allerdings hätten bei ihm - wie in den meisten anderen Fällen - erhebliche Vorerkrankungen vorgelegen. Es sei bei ihm genauso wie bei einem Glas Wasser gewesen. Wenn ein Tropfen zu viel hineingegeben werde, laufe das Wasser über. Die folgenden Worte von RM Moroni sind aufgrund des einsetzenden Tumults im Zuschauerbereich nicht wiederzugeben. RV Hahnen sorgt für Ruhe. RM Moroni ergänzt, dass es keine Rechtsgrundlage für ein Verbot des Tagestourismus auf die Insel gebe.

g) RV Hahnen fragt, ob zu Pfingsten zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen geplant seien. BM Ulrichs erwidert, dass noch nicht klar sei, was Pfingsten erlaubt sei und was nicht. Auf jeden Fall sei eine enge Abstimmung mit dem Landkreis und der Polizei notwendig.

h) RM Wehlage begrüßt, dass zwischen den 14-täglichen Sitzungen des Verwaltungsausschusses zusätzliche Treffen von politischen Vertretern stattfänden. Er bezieht sich auf die Beratung im gestrigen Ausschuss zum Thema „Straßengastronomie“ und fragt, ob es mittlerweile eine Auskunft vom Landkreis dazu gebe. BM Ulrichs antwortet, dass eine solche Auskunft noch nicht gegeben werden könne, weil jeder Fall individuell betrachtet werden müsse. Für die Zuschauer erläutert er, dass es verschiedene Anträge von Gastronomen gebe, in den Zeiten der Beschränkungen die Außengastronomie in den öffentlichen Straßenraum zu erweitern. Ähnliche Anträge habe es vor Jahren schon gegeben und vom Landkreis mit dem Hinweis auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs abgelehnt worden.